



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914**

**Friedjung, Heinrich**

**Berlin, 1919-**

XIX. Beginn des Marokkostreites. Rücktritt Delcassés.

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

XIX

Beginn des Marokkostreites.

\* Rücktritt Delcassés \*

---

Eindruck des Marokkovertrages in Deutschland . . .	35
Deutschlands Programm in der Marokkofrage.	
Friedrich von Holstein . . . . .	40
Kaiser Wilhelm in Tanger . . . . .	45
Die englische Regierung schürt gegen Deutschland . .	48
Rücktritt Delcassés . . . . .	51
England und der Weltfriede . . . . .	53

## Eindruck des Marokkovertrages in Deutschland

Im Frühjahr 1904 waren in Deutschland Aller Augen auf die Mandschurei gerichtet, wo trotz dem gelungenen Überfalle auf die russische Flotte der Ausgang des Krieges noch zweifelhaft war; denn ununterbrochen rollten die Eisenbahnzüge mit den Landtruppen des Zaren auf dem langgestreckten Schienenstrange nach Osten. Das Gefühl der Kraft und Sicherheit, von dem die deutsche Nation im Vertrauen auf das Heer erfüllt war, wurde dadurch erhöht, daß sich Rußland freiwillig für eine Zeitlang aus den europäischen Machtkämpfen ausschaltete. Schon deshalb nahm die deutsche Regierung das englisch-französische Abkommen anfangs ohne Unruhe hin; die Größe des Ereignisses verbarg sich ihr hinter dem, was im fernen Osten vor sich ging.

Die französische Regierung tat das ihrige, um den deutschen Reichskanzler in Sicherheit zu wiegen. Drei Wochen vor Abschluß des englisch-französischen Vertrages teilte der Minister des Aeußeren, Delcassé, dem deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, die Hauptbestimmungen der Abmachung mit und versicherte zugleich, die Rechte dritter Staaten, auch Deutschlands, seien durch dieselbe nicht in Frage gestellt. Am 12. April 1904 kam das Ereignis im Reichstage zur Sprache und Bülow ließ sich vernehmen: „Das kann ich über diesen Punkt sagen, daß wir keine Ursache haben anzunehmen, das englisch-französische Kolonialabkommen enthalte eine Spitze gegen eine andere Macht. Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, eine Reihe von Differenzpunkten, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege der Verständigung aus dem Wege zu räumen. Dagegen haben wir vom Standpunkte deutscher Interessen nichts einzuwenden.“ Ob nun der Reichskanzler innerlich dieser Ansicht war oder nicht: jedenfalls hielt er es für angezeigt, weder Überraschung noch Verstimmung zu zeigen. Als darauf ein Abgeordneter Widerspruch erhob und es einen Fehler nannte, Marokko den Franzosen zu überlassen,

erklärte Bülow am 14. April, Deutschland erhebe weder auf das Ganze noch auf Teile des scharifischen Kaiserreiches Anspruch. Wiederholt versicherte die deutsche Regierung amtlich wie durch ihre Presse, daß sie in Marokko nicht politischen Einfluß suche, sondern bloß die deutsche Volkswirtschaft zu betreuen gedenke. Die Beziehungen zu Frankreich blieben in den nächsten Monaten unverändert. Als im Oktober 1904 bekannt wurde, das französische Kabinett habe mit dem spanischen über Marokko einen Vertrag geschlossen, wandte sich die deutsche Regierung nach Paris um Auskunft, worauf Delcassé versicherte, auch dieses Abereinkommen werde den deutschen Handel in Marokko nicht benachteiligen, ihm sogar infolge der zu erwartenden Verbesserung der Rechtspflege im Lande nützlich sein. Darauf erklärte der deutsche Staatssekretär Richthofen dem französischen Botschafter Bihourd, seine Regierung sei durch jene Mitteilungen befriedigt.

Im Winter auf 1905 trat jedoch ein Umschwung ein.

Die öffentliche Meinung Deutschlands kam zur Erkenntnis der Umgruppierung der Mächte und empfand darüber steigende Unruhe.

Frankreich, des Beistandes Britanniens sicher, machte kein Geheul aus seiner Absicht, sich in den Alleinbesitz Marokkos zu setzen, wofür Delcassé das Wort von der „friedlichen Durchdringung“ des Landes prägte. Deutlicher noch sprachen die französischen Zeitungen, welche die „Tunisifikation“ Marokkos forderten, also dessen Herabdrückung zum Vasallenstaat in der Art von Tunis. Wenn nun auch in Deutschland ein großer Teil der öffentlichen Meinung nichts davon hören wollte, sich wegen Marokkos in Abenteuer zu stürzen, so fand man es doch allgemein bedenklich, daß England und Frankreich, das Deutsche Reich beiseite schiebend, über die Südküste des Mittelländischen Meeres verfügten. Ägypten wurde Britannien zugewiesen, Marokko den Franzosen, die sich darüber mit Spanien verständigten, Tripolis ward den Italienern in Aussicht gestellt, Deutschland ging leer aus, man fragte es nicht einmal um seine Ansicht. Der Vertrag von 1904 wurde zwar, abgesehen von den Geheimartikeln, den Parlamenten Frankreichs und Englands vorgelegt, kam mithin soweit zu öffentlicher Kenntnis; es ward aber nicht die Rücksicht geübt, ihn den Kabinetten von Berlin und Wien mitzuteilen. Der Inhalt der Geheimartikel blieb überhaupt verborgen. Da Italien durch Tripolis vom Dreibund weggelockt und auch Spanien eingefangen wurde, war der Ring geschlossen, aus dem Mitteleuropa sich verwiesen sah. An dieser Stelle war die von England ge-

plante Ausschaltung Deutschlands aus der Weltpolitik Tatsache geworden.

Auch sonst stellten sich Anzeichen des Sinkens der Geltung des Deutschen Reiches ein. Das stärkste war die im August 1904 von England ausgesprochene Kriegsdrohung, falls Deutschland fernerhin zur Kohlenversorgung der russischen Kriegsflotte beitrage. Solches würde Britannien vor dem Ausgleich mit Frankreich nicht gewagt haben; es war um so auffallender, als die französische Regierung den Russen größere Liebedienste leistete, ohne deshalb von Großbritannien belästigt zu werden. Ebenso deutlich war die vom Zivillord der englischen Admiralität, Lee, an Deutschland gerichtete Herausforderung.

Hier zum erstenmal greift in den Gang der Dinge die Triebkraft ein, die man die alldeutsche Bewegung nennt. Nicht, daß sie jetzt erst auftaucht, denn ihr Träger, der Alldeutsche Verband, war schon 1890 gegründet worden und hatte sich oft und überlaut vernehmen lassen. Man begegnete ihm bereits, so oft es sich um Ausbreitung des deutschen Kolonialgebietes, um die Ermutigung der Buren, so oft es sich im Innern Deutschlands um Flottenbauten und um „Eindeutschung“ polnischer Bodens handelte. Die ansehnliche Lebensdauer des Verbandes stand aber mit seinem Einflusse in einem Mißverhältnis. Er war nie etwas anderes gewesen als eine Stimme im Chorus, er glich, wenn es hoch kam, dem Zwischenrufer in einer parlamentarischen Versammlung, der sich nur als solcher und nicht durch eine geordnete Rede Aufmerksamkeit zu verschaffen vermag. Wir werden später, beim Anschwellen der Bewegung, zusammenfassend auf sie zu sprechen kommen, auf ihre nationale Wurzel und ihre Ausartungen, auf ihre Ideen und Machtmittel. An dieser Stelle ist bloß Raum zur Darstellung ihres Einflusses auf den Marokkohandel, der anfänglich durchzudringen schien, um später zu ermatten und zuletzt im Sande zu zerrinnen.

Zu den Zielen der Alldeutschen gehörte die Erwerbung überseeischer Gebiete, nicht bloß zu Handelszwecken und als Flottenstützpunkte, sondern um für den Überschuß der wachsenden Volkszahl Ackerbausiedlungen zu gewinnen. Der Wunsch war in einer Nation begreiflich, die sich jährlich um eine Million Menschen vermehrte. Indessen war schon die ganze Welt vergeben, auch bei der Teilung Afrikas waren die Deutschen, verglichen mit Briten und Franzosen, zu kurz gekommen. Der Groll darüber, insbesondere als Caprivi absichtlich vom Wettbewerb in Afrika zurücktrat, hatte zur Gründung des Alldeutschen Verbandes geführt.

Nachdem sein früheres Drängen ergebnislos geblieben war, hatte er sich im neuen Jahrhundert das letzte, von Europäern noch unbefetzte Stück der Welt zum Felde der Tätigkeit gewählt, und in seiner Mitte war der Geograph Theobald Fischer, Professor in Marburg, nach wiederholten Reisen in Afrika, besonders in Marokko, 1903 mit dem Vorschlage hervorgetreten, Deutschland solle sich dieses Land nicht entgehen lassen. Er sprach in den Alldeutschen Blättern 1903 mit Bewunderung von dem, was die Franzosen in Algerien und Tunis zur Hebung des Landes und zu eigenem Gewinn geleistet hatten, wies darauf hin, daß Marokko am Ozean entlang fruchtbaren Boden besitze und gewaltige Mengen von Nährstoffen wie Handelsgewächsen hervorzubringen vermöge; diese Gebiete dürften den Franzosen und Briten nicht gänzlich überlassen werden. Sein Vorschlag gipfelte in der Teilung Marokkos zwischen den drei Nationen, bei der die Deutschen alles Land an der Westküste von Rabat nach Süden, vor allem die fruchtbare Ebene des Sus erhalten sollten; dann konnten sie das übrige Frankreich und England überlassen. Würden weitere Gebietsveränderungen zum Vorteile dieser zwei Nationen stattfinden, so müsse dies zugunsten Deutschlands durch eine Kohlenstation an der Ozeanküste (Agadir oder Mogador) ausgeglichen werden<sup>1)</sup>.

Als die Kunde von dem englisch-französischen Vertrage über Marokko durch die Welt ging, reichte der Alldeutsche Verband noch im April beim Reichskanzler eine Denkschrift ein, in der er die Erwerbung der atlantischen Küste Marokkos, einschließlich des dazu gehörigen Hinterlandes, forderte. Dadurch allein wäre den Deutschen noch eine Massensiedlung über See, ferner die Massenproduktion von Baumwolle und ähnlichen Rohstoffen möglich.

In dieser Kundgebung ist kein feindseliges Wort gegen Frankreich gesagt, vielmehr wurde in den Äußerungen des Vorsitzenden des Verbandes, Professors Hasse, und auch sonst das Einvernehmen mit Frankreich über den Gegenstand empfohlen<sup>2)</sup>. Dahinter standen

<sup>1)</sup> Alldeutsche Blätter 1903, Nr. 41. Vorhergegangen waren dieser Anregung die zwei Arbeiten Fischers: „Wissenschaftliche Ergebnisse einer Forschungsreise im Atlasvorlande von Marokko 1899“ und „Meine dritte Forschungsreise im Atlasvorlande von Marokko im Jahre 1901“.

<sup>2)</sup> Alldeutsche Blätter Nr. 10, S. 253. Alles Wichtige über die alldeutsche Bewegung 1890—1910 ist zusammengefaßt in dem Buche: „Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe.“ Herausgegeben vom Alldeutschen Verbands (Leipzig 1910).

freilich harte Drohungen, falls sich die Franzosen nicht zur Teilung bequemten.

Das war jedoch nicht die Ansicht Bülow's, und er fragte die Alldeutschen, in einer im preußischen Herrenhaus gehaltenen Rede, ob das Reich etwa um Marokkos willen vom Leder ziehen solle. Überhaupt wies die Regierung die Ansprüche der Alldeutschen als zu weitgreifend von sich und mahnte zur Mäßigung. Um so heftiger war deren Antwort. Es bestand überhaupt Kriegszustand zwischen ihnen und den auf Bismarck folgenden Kanzlern. Diese hätten, so grollten die Alldeutschen, die Gelegenheit zur Vergrößerung des Reiches aus der Hand gegeben, besonders während des Burenkrieges. Sie klagten bei jedem Anlasse Bülow der Schwäche an; auch verlangten sie vom Kaiser, er solle das persönliche Regiment sein lassen und die Leitung des Reiches einem Manne übertragen, der die Verantwortung für die Politik des Reiches übernehme und sich nicht den Wünschen des Hofes anschmiege, an einen Mann selbstverständlich nach ihrem Herzen und ihren Zielen. Nur konnten sie nach Bismarck's Tode keinen Anwärter ihres Sinnes vorschlagen. Sie blieben in einer Opposition, aus der jedoch mehr Verärgerung als Leidenschaft sprach. Dabei kam — nicht bloß diesmal — die eigentliche politische Schwäche der Alldeutschen zutage.

Sie wollten von jedem Nachbarn mit Güte oder mit Gewalt — vor letzterer schreckten sie nie zurück — Land oder wirtschaftliche Vorteile erjagen, ohne Rücksicht darauf, ob das Deutsche Reich mit einem seiner Nachbarn oder mit allen in Streit und Krieg geriete. Doch hatten sie in der Marokkofrage das richtige Gefühl, ein Ausgleich mit Frankreich sei das klügste. Wie erwähnt, hatte Bülow anfangs auf ihre Angriffe spöttisch geantwortet. Indessen lenkte er, als Rußlands Niederlagen in der Mandschurei dem Deutschen Reiche Ellbogenfreiheit verschafften, betreffs Marokkos doch in ihre Richtung ein. Er wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, er lasse die Gunst der Lage ungenützt.

Wie aus dem Lager der Alldeutschen, die nur eine kleine, im Reichstage wenig Zustimmung findende Gruppe bildeten, so tönte es ihm auch sonst aus der öffentlichen Meinung mahnend und anspornend entgegen. Überhaupt war in der öffentlichen Meinung Deutschlands während der letzten Jahre ein gründlicher Wandel eingetreten. Sie hatte an der Weltpolitik Geschmack gefunden und verlangte von der Regierung rühmliche und erfolgreiche Taten. Dieser Wechsel der Gesinnung fällt zeitlich ziemlich genau mit dem Tode Bismarck's zu-



sammen, der, siegreich wie kein anderer, nach 1871 in weiser Mäßigung auf Enthaltfamkeit gedrungen hatte. Wie viele andere hatte auch Maximilian Harden, der schneidigste deutsche Publizist jener Tage, diese Entwicklung durchgemacht. Als Bewunderer Bismarcks war er nicht müde geworden, ihn selbst zu preisen und den Prunkreden Wilhelms II. entgegenzutreten, die, obwohl der Kaiser friedlich handelte, den Völkern ringsum nur zu oft die Spitze des deutschen Schwertes zeigten. So hatte es Harden noch in den ersten Jahren nach Bismarcks Tode gehalten, besonders als der Kaiser am 27. Juli 1900 die berühmte Hunnenrede gegen den chinesischen Vögeraufstand hielt (Bd. I, S. 322). Dann aber bog Harden in die Linie der Eroberungspolitik ein. Als die Engländer und Franzosen sich am 8. April 1904 einigten, das Mittelländische Meer unter sich teilten, lehnte sich Harden gegen die von ihnen vereinbarte Zurücksetzung Deutschlands auf. In dem Aufsätze vom 23. April sagte er sich von dem Kernsake der Bismarckschen Politik, Deutschland sei saturiert, ausdrücklich los und schrieb:

„Wir sind nicht saturiert. Wir brauchen fruchtbares Land, brauchen, seit die Großindustrie sich in Treibhaushitze entwickelt, der standard of life der Nation weit über alle Gewohnheit erhöht worden ist, offene Riesengebiete, die unsere Waren zu anständigem Preise kaufen. Sonst verzwerger wir uns nach und nach zu einem zweiten Belgien.“

Wohl mahnt Harden, zur Erreichung dieser Ziele neue Bündnisse zu suchen, aber auch ohne solche hält er Deutschland für stark genug, sich Geltung zu verschaffen. Obwohl er nicht zu den Alldeutschen gehörte, stimmte er doch einer ihrer Hauptforderungen zu, der nach umfangreichen überseeischen Erwerbungen.

\*

## Deutschlands Programm in der Marokkofrage. Friedrich von Holstein

Das war die Stimmung, die der Regierung aus der öffentlichen Meinung entgegenschlug. Die Verdrossenheit über die Verdrängung Deutschlands vom Mittelländischen Meer war allgemein, nur mahnten die

Parteien der Linken, sich darob nicht zu hitzigen Schritten fortreißen zu lassen, und auch in der „Kreuzzeitung“ entwickelte Theodor Schiemann am 29. Juni 1905, in Marokko habe sich Deutschland nur wirtschaftliche und nicht politische Ziele zu setzen. Nun aber spitzten sich die Dinge im scharifischen Reiche so zu, daß Frankreich immer schärfer ausgriff; es trat in Fez geradezu als Herr auf. Im Winter 1904 erhielt der Gesandte Saint-René-Taillandier eine ausführliche Weisung zum Handeln. Er traf am 21. Februar 1905 in Fez ein und hatte vom Sultan aufs bestimmteste (en termes pressants) zu verlangen, dieser solle seine Truppen von französischen Offizieren ausbilden und die Zölle unter Aufsicht französischer Oberbeamter einheben lassen. Seinen Auftrag erfüllend, sprach er mit dem Sultan wie mit einem Vasallen. In seiner Not wandte sich dieser an die deutsche Regierung und fragte, ob denn die Behauptung Taillandiers, seine Forderungen seien im Namen Europas vorgebracht, auf Wahrheit beruhe. Man hat später in Paris in Abrede gestellt, daß der Gesandte etwas Derartiges gesagt hätte; das war jedoch gegenüber der Größe der erhobenen Ansprüche nebensächlich.

Unter diesen Eindrücken reifte in Berlin der Entschluß kräftiger Abwehr. Es war notwendig, der Welt zu zeigen, daß Deutschland noch eine Großmacht sei; am allerwenigsten wollte es sich gefallen lassen, daß die französische Regierung bei dem marokkanischen Sultan im Namen Europas, also auch in seinem, das Wort führte. Dies gab den Ausschlag: das Deutsche Reich sollte der französischen Republik wieder in Erinnerung gebracht werden.

Wo aber den Hebel ansetzen? In diesem Belang wurde vor allem Holstein gehört, der vielvermögende Rat im Ministerium des Aeußeren. Von ihm war bereits die Rede, als er nach dem Rücktritte Bismarcks die Lösung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland anregte und durchsetzte (Bd. I, S. 120). Seitdem stieg er noch zu größerem Einflusse empor, um gerade aus diesem Anlasse zu Falle zu kommen.

Bülow war der vierte Reichskanzler, dem sich Holstein unentbehrlich machte. Dabei stand er Bülow menschlich näher als dessen Vorgängern; denn der zwölf Jahre ältere Geheimrat schätzte die Begabung des jüngeren Diplomaten hoch und förderte ihn, der immer im Ausland tätig war, vom Ministerium aus auf jede Weise, er räumte ihm manches Hindernis aus dem Wege. Als Bülow Reichskanzler wurde, bot er Holstein das Amt des Staatssekretärs an, nicht bloß

aus Dankbarkeit, sondern in Anerkennung der überragenden Kenntnisse, die Holstein in den Geschäften besaß. Indessen lehnte dieser den Ministerposten ab und begnügte sich mit der bisherigen Stellung eines Stellvertreters des Unterstaatssekretärs. Als Grund gab er seine unüberwindliche Abneigung gegen die gesellschaftlichen Pflichten mit ihrem Prunk und Schein an, das wahre Motiv jedoch war die Scheu vor der Öffentlichkeit, hervorgerufen durch die bittere Feindschaft der Anhänger des toten Bismarck, die ihm die Hauptschuld an dem Falle des großen Kanzlers zuschrieben. Er wußte, daß sie aus seinem Leben das Geheimste ans Tageslicht ziehen würden; schonungslos wäre ihm als Minister auch vorgehalten worden, was er dem Botschafter Grafen von Arnim, seinem Vorgesetzten in Paris, angetan hatte. Er zog es also vor, auf seinem dem Range nach bescheidenen Posten im Ministerium des Auseren zu bleiben und von hier aus die Drähte zu ziehen. Harden, der ihn genau kannte, deckte nach dem Tode Holsteins die Widersprüche in dessen Innern auf und faßte sein Urteil dahin zusammen: „Eigensinniger Wille zur Macht in der Seele eines Empfindsamen, der grelles Licht nicht verträgt und unter öffentlicher Kritik wie unter frecher Entschleierung seiner Scham erschauert: ein politisch und psychologisch schwieriger Fall.“

Statt seiner wurde Freiherr von Richthofen zum Staatssekretär ernannt, der es aber nur dem Namen nach war, da Holstein der maßgebende Mann blieb. Dessen Arbeitszimmer lag neben dem Richthofens, und er trat, wann immer es ihm beliebte, bei dem Minister ein, ihn befragend, was die fremden Gesandten gebracht hätten; beim Reichskanzler war er für das zu Verfügende maßgebend. Begreiflich, daß Richthofen sich gedemütigt fühlte und gegen den gefürchteten Untergebenen Widerwillen empfand. Die Sachkunde und der Scharfsinn Holsteins konnten aber auch von ihm nicht bestritten werden. Zeitweise war Holstein so gereizt gegen seinen Vorgesetzten, daß er bei Bülow auf dessen Entfernung hinarbeitete und am 1. Juli 1904 sein Abschiedsgesuch einreichte, weil Bülow nicht auf seinen Antrag einging; nur mit Mühe ließ sich Holstein besänftigen.

Sein Ansehen im Amt brachte es mit sich, daß die deutschen Diplomaten, wenn sie von ihrem Posten nach Berlin kamen, sich in seinem Vorzimmer drängten, mancher nicht ohne Selbstüberwindung, viele aber auch gefesselt von der seltenen Persönlichkeit. Doch stimmten sie darin überein, daß Holstein stärker war im Zergliedern als im Aufbauen.

Das Schlimmste war das Holstein zerwühlende Mißtrauen; es ging ins Krankhafte und mußte behutsam geschont werden. Auf diese Art rächte sich die Schuld, die er Bismarck und Arnim gegenüber auf sich geladen hatte. Er lebte nur den Amtsgeschäften und zog sich immer mehr von den Menschen zurück. Kaiser Wilhelm kannte Holstein, den seine Minister als überaus fähigen Beamten schilderten, kaum von Angesicht. Im Winter auf 1905 äußerte der Herrscher zu Bülow den Wunsch, Holstein bei einer Mahlzeit im Hause des Reichskanzlers zu sehen. Holstein erhielt eine Einladung, bat jedoch, ihn zu entschuldigen, da er keinen Frack besäße. Als der Kaiser auf seinem Wunsche beharrte, stellte sich Holstein natürlich ein, aber — wie scherzhaft behauptet wurde — mit einem entlehnten Frack. So weltfremd war der Mann geworden, der in jungen Jahren in der Pariser Gesellschaft heimisch gewesen. Beim Kaiser waren seine Fürsprecher Bülow und Graf, später Fürst Eulenburg, der dem Herrscher lange Zeit nahe stand. Dies genügte ihm, da er durch Erscheinen bei Hofe seine zahlreichen Gegner nicht noch mehr reizen wollte. Aber mehr als unter deren Haffe litt er durch den eigenen Argwohn, der ihn überall Feinde witztern ließ.

Holstein war durch die Schule Bismarcks gegangen, aber der erste Kanzler hatte es ganz anders verstanden, die fremden Kabinette nach den Bedürfnissen Deutschlands zu schieben und zu gewinnen. Freilich muß festgestellt werden, daß Holstein nicht allmächtig war, daß manches auch gegen seinen Rat geschah. Der Hauptunterschied zwischen seiner Methode und der Bismarcks war, daß dieser das Verhältnis zu Rußland mit peinlicher Sorgfalt pflegte, während Holstein in stolzer Zuversicht auf die Macht des Reiches die engere Verbindung mit dem Zarenreiche zwar für wünschenswert, aber nicht für unerläßlich hielt. Er behandelte die Staaten, außer denen des Dreibundes, mit kühlem Stolz. Indessen machte er zwischen England und Frankreich einen bestimmten Unterschied. Nach seiner Ansicht tat die deutsche Regierung gut daran, sich auf freundschaftlichen Fuß mit Großbritannien zu stellen. Aus diesem Grunde war er einer ausgreifenden Flotten- und Kolonialpolitik abhold; hier jedoch hatte sein Einfluß eine Grenze, da der Kaiser und Bülow andere Wege gingen. Mit den Briten, so behauptete Holstein, lasse sich leben, während die Franzosen unverföhnlich und immer eine Gefahr für den Weltfrieden seien. Jeder Annäherungsversuch würde von ihnen nur als Zeichen der Schwäche

gedeutet und steigere ihre Begierde nach Vergeltung für 1870. Nicht daß er sie gering achtete, er war vielmehr ein Kenner und Schätzer ihrer Literatur. Auch verwarf er gleich dem Fürsten Bismarck den Gedanken an einen Vorbeugungskrieg. In der Annahme, sie seien unverbesserlich, hielt er es aber für notwendig, von Zeit zu Zeit die Schneide des deutschen Schwertes zu zeigen. Auf diese Art mußten sie gewarnt und abgefühlt werden. Das empfahl er auch in seinen der marokkanischen Frage gewidmeten Denkschriften. Da die französische Regierung sich über Deutschland hinwegsetzte, sollte sie hören und wissen, daß sie ohne dessen Zustimmung auf keine Gebietsausdehnung rechnen dürfe. Er drängte zu kräftigem Eingreifen, da Deutschlands Ansehen in der Welt sonst tief sinken würde. Es war einer seiner Vorwürfe gegen Richthofen, und deshalb hatte er sich im Sommer 1904 gegen ihn gewendet, weil er ihm Schuld gab, in den Welthändeln nicht kräftig genug aufgetreten zu sein. Er überzeugte den Reichskanzler, daß das Gewährenlassen der zwei Westmächte in allen Mittelmeerangelegenheiten, zumal in Marokko, der Macht- und Weltstellung Deutschlands abträglich sei.

Aber diese Gesichtspunkte, wie in betreff des Frankreich gegenüber einzuschlagenden Verfahrens kam es zwischen Bülow und Holstein zu vollständiger Einigung, und der Kaiser gab seine Zustimmung. Es blieb dabei, daß Deutschland für sich keinen Anspruch auf marokkanisches Gebiet erhob, es forderte aber dieselbe Uneigennützigkeit von Frankreich. Die Republik sollte aus ihrer Verbindung mit England nicht den erhofften Vorteil ziehen. Hauptpunkt des also entworfenen deutschen Programms war, daß Marokko ein selbständiger Staat bleiben sollte und dabei auf den Schutz des Deutschen Reiches rechnen konnte. Die Handhabe zum Eingreifen war der deutschen Regierung durch frühere Verträge gegeben, in erster Linie durch das Ergebnis der 1880 zu Madrid abgehaltenen Staatenkonferenz. Damals waren die am Handel mit Marokko beteiligten Staaten (Deutschland, Frankreich, England, Osterreich-Ungarn, Italien, Spanien, die Vereinigten Staaten und Holland) übereingekommen, daß vom scherifischen Kaiserreiche den Untertanen irgendeines fremden Staates Vorzugsrechte nicht gewährt werden durften. Wenn also Frankreich, dies der Gedankengang Holsteins, das wirtschaftliche oder politische Übergewicht in Marokko an sich ziehen wollte, so mußten die übrigen Staaten um ihre Einwilligung gefragt werden. Abgesehen übrigens von dem Madrider Verträge be-

stand seit 1880 auch ein Handelsabkommen Deutschlands mit Marokko, in welchem den Deutschen Meistbegünstigung eingeräumt war. Darauf berief sich das Berliner Kabinett, um den Vorstoß der französischen Regierung nötigenfalls allein abzuwehren, wenn die anderen Staaten sich nicht sollten einmengen wollen. Frankreichs Protektorat über Marokko konnte also nur aufgerichtet werden, wenn Deutschland politisch oder militärisch niedergedrungen war, und darauf wollte das Berliner Kabinett es ankommen lassen. Es befand sich in der günstigen Lage, sich auf das internationale Recht stützen zu können.

Das Programm Hofsteins baute sich streng logisch auf, somit standen sich die Kabinette von Berlin und Paris Aug in Aug gegenüber. Der deutsche Geschäftsträger in Marokko, Rühlmann, eröffnete seinem französischen Kollegen, daß Deutschland durch den englisch-französischen Vertrag, der ihm nicht einmal mitgeteilt worden war, nicht gebunden sei; und das wurde in Berlin dem Botschafter Bihourd bestätigt. Lebhafter Widerspruch erfolgte seitens der französischen Regierung, in deren Namen Delcassé am 31. März in der Kammer zu verstehen gab, er sei entschlossen, sich auf dem betretenen Wege durch den deutschen Widerspruch nicht beirren zu lassen. Und doch wäre das Natürlichste gewesen, daß das Pariser Kabinett, gleich nach der Vereinbarung mit England, sich auch mit Deutschland ins Einvernehmen gesetzt hätte. Das bezeichnete Jaurès als den Grundfehler der französischen Republik, wie er ihr überhaupt „türkische Feindseligkeit“ gegen Deutschland vorwarf. Aber auch Lord Rosebery fand, es sei unstatthaft, eine Macht wie Deutschland in den Welthändeln beiseite zu schieben. Dieses Verfahren wurde jedoch von Delcassé im Vertrauen auf den Beistand Englands bis kurz vor seinem Falle abgelehnt.

\*

## Kaiser Wilhelm in Tanger

Um der französischen Regierung den Ernst der Lage klar zu machen, griff auf Vorschlag seiner Ratgeber Kaiser Wilhelm in eigener Person ein. Am 23. März 1905 stach er zu Bremerhaven in See und fuhr über Lissabon ins Mitteländische Meer. Auf dieser Reise gedachte er

in Tanger, Marokkos größtem Handelsplatz, zu landen und hier gegen die Eroberungsabsichten Frankreichs ein kräftiges Wort zu sagen. Die deutsche Regierung legte auf dieses auch im einzelnen vereinbarte Vorhaben so großen Wert, daß sie nach Lissabon an den Kaiser ausführlich die dringende Bitte telegraphierte, der Monarch möge seine Absicht nicht unausgeführt lassen. In der Tat hielt Wilhelm nach seiner Landung zu Tanger (31. März 1905) zwei Ansprachen, die eine an den Oheim des Sultans, der ihn in dessen Namen begrüßte, die andere beim Empfange der deutschen Kolonie. Er sei gekommen, so sagte er, um dem Sultan als unabhängigem Herrscher einen Besuch abzustatten, und er hoffe, Marokko werde unter dessen Souveränität dem friedlichen Wettbewerb aller Nationen offen bleiben. Er erklärte ferner, sein Erscheinen solle kundtun, daß Deutschland seine Interessen in Marokko mit Nachdruck wahren wolle. Die Bedeutung dieser Worte lag darin, daß der Kaiser Frankreich gegenüber die Souveränität des Sultans feierlich anerkannte und ihm seinen Schutz zusagte.

Es steht übrigens fest, daß die Ansprachen zu Tanger auf Vorschlag des Auswärtigen Amtes gehalten worden sind. Der Kaiser hatte schon gesprochen, als am selben Tage aus Berlin wieder eine Depesche an seinen Begleiter, Freiherrn von Schön, den späteren Botschafter, einlief, in der er beauftragt wurde, dem Monarchen die Kundgebung, falls sie noch nicht erfolgt war, dringend zu empfehlen. Daraus, wie auch aus anderen Tatsachen geht hervor, daß Wilhelm sich nur ungern zu dem Schritte verstand<sup>1)</sup>. Später, als die Souveränität des Sultans doch nicht geschützt werden konnte, fühlte Holstein das Bedürfnis, die Verantwortung für das Geschehene von sich abzuschieben und sagte zu Harden, er hätte beim Lesen der Kaiserreden einen Nervenschock erlitten<sup>2)</sup>. Nun mag Wilhelm II. durch die Schärfe und Wärme im Ausdruck über die Absicht seiner Ratgeber hinausgegangen sein, wie sein Temperament es auch sonst mit sich brachte. Das aber hätte Holstein in Rechnung ziehen müssen. Hauptsache war aber nicht der Wortlaut der Ansprachen, sondern das Erscheinen des Kaisers in Tanger; auch lag es bei der deutschen Regierung, die Worte in der „Kölnischen Zeitung“, wo sie zuerst erschienen, so zu veröffentlichen, wie es der ursprünglichen Absicht entsprach. Im Hinblick auf diese Umstände hat

<sup>1)</sup> Vgl. auch Schoen, „Erlebtes“, S. 13; Bethmann Hollweg, l. c. S. 12f.; E. Carlsstein, Hermann, Lebenserinnerungen III S. 99f.

<sup>2)</sup> Harden, „Köpfe“, I, S. 110.

Bülow, aufrichtiger als Hofstein, die Verantwortung für die Reden des Kaisers auf sich genommen und sowohl im Reichstage (6. Dezember 1905) wie auch später erklärt, der Monarch habe nach seinem Räte gehandelt. Damit gab der Kanzler der Wahrheit die Ehre. Es war aber ohne Zweifel ganz unzweckmäßig, den Kaiser in dieser Weise in den Vordergrund treten zu lassen, und das wurde gleich damals von Bassermann, dem Führer der Nationalliberalen, im Reichstage festgestellt. Es ist ein erprobter Erfahrungssatz, daß das offensichtliche Hervortreten eines Monarchen die erst im Werden begriffenen Staatsgeschäfte eher schädigt und möglichst vermieden werden sollte. Da Wilhelm ohne dies oft den Fehler beging, sich überflüssigerweise vor der Öffentlichkeit hören zu lassen, so hätten ihn seine Ratgeber eher zurückhalten als anspornen sollen.

Überlaut dröhnten die Kaiserworte, sie waren in der Sache aber nicht einmal so folgenreich wie die aus der deutschen Reichskanzlei hervorgehenden Depeschen vom 11. und 12. April, deren Wortlaut zunächst nicht veröffentlicht wurde. Die eine war nach London, die andere an mehrere befreundete Regierungen gerichtet. Ihre Summe war, daß das Berliner Kabinett das Recht Frankreichs, Englands und Spaniens auf eine selbständige Ordnung der marokkanischen Angelegenheit bestritt und die Mitwirkung all der acht Staaten forderte, die den Madrider Vertrag von 1880 unterzeichnet hatten. Früher schon hatte die französische Regierung behauptet, die Madrider Akte habe nur die Regelung der Privatrechte der fremden Untertanen in Marokko bezweckt; diese Auslegung wurde jedoch in einer der Depeschen des Berliner Kabinetts als „rabulistisch“ zurückgewiesen und die völkerrechtliche Bedeutung des Vertrages in den Vordergrund gerückt. Die Rechte Deutschlands in Marokko, so hieß es weiter, könnten nicht von anderen Mächten an irgend jemanden, also auch nicht von England an Frankreich, abgetreten werden. Dieser Satz wurde mit einer, im diplomatischen Verkehr ungewöhnlichen, fast verletzenden Schärfe begründet. In dem für die englische Regierung bestimmten Schriftstück hieß es: „Wir treten für unsere Interessen ein, über welche anscheinend ohne unsere Zustimmung verfügt werden soll. Die Bedeutung der Interessen ist dabei Nebensache. Derjenige, welchem Geld aus der Tasche genommen werden kann, wird sich immer nach Möglichkeit wehren, gleichviel, ob es sich um 5 Mark oder 5000 handelt. Daß wir wirtschaftliche Interessen in Marokko haben, bedarf keines Beweises. Wenn wir die-



selben stillschweigend preisgeben, so ermuntern wir damit die zusehauende Welt zu ähnlichen Rücksichtslosigkeiten gegen uns bei anderen, vielleicht größeren Fragen.“ Diese Rechtsbelehrung wurde an England gerichtet, um von hier nach Frankreich weitergegeben zu werden.

Zur Geltendmachung ihres Standpunktes wendete die deutsche Regierung die geeigneten Mittel an. Die seit 1896 nicht besetzte marokkanische Gesandtschaft erhielt im Grafen Tattenbach wieder einen Vollmachtsträger. Dieser traf im Mai 1905 beim Sultan ein und bestärkte ihn in der Zurückweisung der französischen Ansprüche auf die Oberaufsicht seiner Armee und Finanzen. Unschwer wurde er bestimmt, sich an alle am Madrider Verträge beteiligten Kabinette zu wenden und sie behufs internationaler Feststellung seiner Rechte zu einer Konferenz einzuladen. Das war ein guter Schachzug der deutschen Diplomatie; denn der als Kläger auftretende Sultan bat nicht Deutschland allein, sondern auch die anderen mitbetroffenen Staaten um Schutz. Das Deutsche Reich seinerseits wiederholte seine Erklärung, es strebe in Marokko für sich keinen Vorteil an, dagegen für alle die Aufrechthaltung eines im Wesen verletzten Vertrages.

\*

### Die englische Regierung schürt gegen Deutschland

Die von der deutschen Regierung bezogene Stellung war so fest, die Rechtslage so klar, daß jenseits des Rheins, sowohl in der Kammer wie unter den Ministern, die Ansicht überwog, man solle auf Unterhandlungen mit Deutschland eingehen und den Konferenzvorschlag annehmen. Was war damit auch für Frankreich verloren? Wegen der formellen Vorentscheidung stand es nicht dafür, den Frieden in Frage zu stellen; über die Sache selbst aber wäre durch die Beschickung der Konferenz noch nichts entschieden gewesen. In der Kammersitzung vom 19. April kam Delcassé in die Klemme, da nicht bloß die Sozialisten Jaurès und Pressensé, sondern auch Deschanel, der frühere und auch spätere Präsident der Deputiertenkammer, dessen Hartnäckigkeit mißbilligten. Diesmal kam noch der Ministerpräsident Rouvier seinem Kollegen zu Hilfe, aber, wie sich bald zeigte, mit halbem Herzen.

In dieser Bedrängnis war die Haltung Englands für Delcassé ein Trost. Das Londoner Kabinett stützte ihn, die britische Presse pries ihn in den höchsten Tönen. Die „Times“ standen dabei in erster Linie, sie eröffneten gegen die Berufung einer europäischen Konferenz einen förmlichen Kreuzzug. Ebenso hielten sich konservative Blätter, wie „Standard“ und „Daily Mail“, ebenso liberale gleich den „Daily News“ und dem „Daily Chronicle“. Es war bezeichnend, wie England den französischen Minister gegen Deutschland ins Feuer schickte. Die „Times“ meldeten am 16. Mai aus Paris: „Das allgemeine Gefühl hier ist, daß jeder, der an die Stelle des Herrn Delcassé treten würde, vom deutschen Kaiser ernannt wäre.“ In demselben Blatte wurde den Franzosen ins Gewissen geredet, „den größten Diener ihres Landes“ nicht den Deutschen zu opfern. Dabei stand es fest, daß die „Times“ enge Beziehungen zur englischen Regierung unterhielten<sup>1)</sup>. In dem Chorus der Presse machte König Eduard den Kapellmeister. Er hielt sich auf der Durchreise nach Nizza am 6. April in Paris auf und sprach eingehend mit Loubet. Am 31. April erschien er wieder in der französischen Hauptstadt, um mit Delcassé Rat zu pflegen. Eigentlich hätte Eduard als der erklärte Liebling der Pazifisten für das Schiedsgericht einer internationalen Konferenz wirken sollen, aber England hielt es für nützlicher, diese Lösung zu vereiteln und den Streit erbitterter werden zu lassen.

Wohl war England verpflichtet, zum Pariser Kabinett zu stehen,

<sup>1)</sup> So nach E. D. Morel, „Marocco in Diplomacy“, London 1912, S. 146. Dieses lesenswerte Buch des Mitarbeiters des „Manchester Guardian“ bekämpfte die englische Politik, besonders die Greys, weil sie durch die stete Herausforderung Deutschlands notwendigerweise zum Kriege führen müsse. Seite 88 schreibt Morel über die Haltung der „Times“ während der Krise: „Ich empfehle die Durchsicht des auswärtigen Teils der ‚Times‘ in dieser Periode vom Mai bis zum November 1905. Der Leser wird dadurch in Staunen gesetzt. Die Angriffe und Drohungen gegen Deutschland, vermischt mit persönlichen Schmähungen Kaiser Wilhelms, nehmen in den Pariser und Berliner Depeschen, besonders in den ersteren, kein Ende. Nicht weniger bemerkenswert ist die Parteinahme für Herrn Delcassé gegen die Kritiker in seinem Lande. Jedes Lob Delcassés gilt als Zeugnis für seine staatsmännische Gesinnung, und die seltenen Äußerungen dieser Art werden gewissermaßen religiös wiedergegeben; die Kritiken seiner Politik in ihren zahlreichen Rundgebungen werden scharf gekürzt oder als Beweis engherziger Parteinahme angeführt. Das Recht Deutschlands, bei der Neuordnung Marokkos mitzusprechen, wird höhnisch geleugnet. Der Idee einer Konferenz wird heftig opponiert. ‚Man sollte sich nicht einen Augenblick damit beschäftigen‘ (12. Juni 1905). — ‚Sie würde eine Demütigung, eine Kapitulation sein‘ (9. Juni)“. So weit Morel.

da im Vertrage vom 8. April 1904 Marokko den Franzosen zugesprochen war. Indessen ging die Feindseligkeit Albions gegen Deutschland über alles Maß, wobei die ein Jahr vorher gehaltenen Reden Lees und Balfours ahnen ließen, was von dort zu besorgen war. Offenherzig besprach Bülow mit dem französischen Botschafter Bihourd die Sachlage. Er erwog die Aussichten eines Krieges zwischen den zwei festländischen Mächten und gab zu, daß England den Franzosen zu Hilfe kommen werde, um die in Entstehung begriffene deutsche Flotte zu vernichten und dem deutschen Seehandel den schwersten Schlag zu versetzen. Er verhehlte aber nicht, daß Deutschland sich für diese Verluste an Frankreich schadlos zu halten gedenke. Deutlicher noch als der Reichskanzler sprachen sich Männer in nicht verantwortlicher Stellung aus. Zu ihnen gehörte Graf Henckel-Donnersmarck, der, seit Jahren in Paris lebend, dank seinem Reichtum und seiner Freigebigkeit, die besten Verbindungen in den leitenden Kreisen, auch mit dem Ministerpräsidenten Rouvier, besaß. Er warnte die französischen Politiker, den Bogen zu überspannen; auf ihn ist allem Anscheine nach das scharfe Wort zurückzuführen, das in Paris umlief: Deutschland werde, wenn es von Großbritannien angegriffen werden sollte, Frankreich sofort den Krieg erklären und es als Geißel behandeln, der für England büßen und zahlen müsse. Noch schärfer ging Holstein vor oder wollte doch vorgehen. Im April 1905 dachte er einen Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu veröffentlichen, in dem Frankreich geradezu mit Krieg gedroht werden sollte. Das aber schien dem Leiter der Presseabteilung Hammann doch zu viel und er verweigerte die Aufnahme des gefährlichen Aufsatzes; der Reichskanzler, dessen Entscheidung angerufen wurde, gab Hammann recht, was Holstein derart erbitterte, daß er den persönlichen Verkehr mit diesem abbrach<sup>1)</sup>.

Auf dem Höhepunkte der Krise kam die englische Regierung ihrem Schützling mit einem wichtigen Angebote zu Hilfe, sie erklärte sich zum Abschlusse eines Verteidigungsbündnisses gegen Deutschland bereit. Delcassé teilte dies Loubet und Rouvier mit und zog daraus den Schluß, jetzt bestünde noch weniger als früher die Notwendigkeit, sich dem Diktat der Deutschen zu fügen; die Konferenz wäre abzulehnen und kaltblütig abzuwarten, ob deshalb ein Angriff erfolgen werde. Als ihm vorgehalten wurde, daß die Vernichtung der deutschen Flotte durch die

<sup>1)</sup> Auf diese Mißhelligkeiten ist manches Überscharfe zurückzuführen, das in Hammanns beiden Büchern gegen den reizbaren Amtsgenossen gesagt wird.

englische den Heeren der Republik nicht viel nützen könne, gab Delcassé tröstliche Aufschlüsse. Großbritannien, so legte er dar, hätte ein Landheer von 100000—150000 Mann bereit, um es an die deutsche Küste zu werfen; mithin würden beträchtliche Teile der deutschen Landmacht an die Häfen und Küsten gebunden sein, um die weitgestreckte Seegrenze zu schützen.

\*

### R ü c k t r i t t D e l c a s s é s

Ministerpräsident Rouvier war nicht der Mann, sich auf dieses gefährliche Spiel einzulassen. Er war ein kühler Rechner und erwog in erster Linie immer, was der französischen Volkswirtschaft förderlich wäre. Deshalb hielt er es fürs klügste, sich mit Deutschland zu verständigen, wie er schon in einem früheren Kabinett das Zusammenwirken des französischen mit dem deutschen Kapital beim Bau der Bagdadbahn durchgesetzt hatte. Im Ministerium Combes war Delcassé für die äußere Politik maßgebend gewesen; Rouvier jedoch, im Februar 1905 an die Spitze der Regierung tretend, griff, wenn notwendig, kräftig durch.

In den Augen dieses nüchternen Geschäftsmannes war das Bündnis mit England eine schöne Sache, jedoch ungenügend, um daraufhin einen Krieg mit Deutschland zu wagen. Die britische Landarmee kam gegen die Millionenheere des Festlandes nicht in Betracht, so daß eine Militärkonvention zwar nicht abzulehnen war, aber doch keine Lebensfrage sein konnte. Für Rouvier blieb entscheidend, daß Rußland, auf welches früher zu zählen war, noch mit dem japanischen Kriege zu tun hatte, daß seine Armee soeben bei Mukden geschlagen, seine Flotte bei der Tsushima-Insel vernichtet war. Im Innern des Zarenreiches lösten sich Aufstände ab, es konnte Frankreich keine Hilfe senden. Auch war Nikolaus II. infolge der russenfreundlichen Politik Deutschlands während des japanischen Krieges durch ein festes Band mit Wilhelm II. verknüpft. Das war aber nicht alles. Jedermann wußte, daß es mit der französischen Kriegsmacht nicht zum besten bestellt war. Das Offizierkorps war infolge des Dreyfus-Handels innerlich gespalten; solange der Generalstab unter klerikalem Einflusse gestanden hatte, waren die republikanisch

gesinnten Offiziere zurückgesetzt worden, seit dem Siege der Radikalen richtete sich die Verfolgung gegen die strengen Katholiken und die Monarchisten. Doch war die Armee dank ihren großen Überlieferungen nicht gering zu schätzen; schlimmer stand es um die in Verfall begriffene Kriegsflotte. So kam Rouvier zu dem Entschlusse der Ausschiffung Delcassés aus dem Kabinett.

Am 6. Juni fiel im Ministerrat die Entscheidung. Delcassé erstattete über die Einladung zur Marokko-Konferenz Bericht und beantragte mit Hinweis auf den Bündnisvorschlag Englands die Ablehnung. Da trat ihm Rouvier entgegen und setzte in tiefer Erregung auseinander, daß Frankreich sich in diesem Falle auf Krieg gefaßt machen müsse. Dann, so ist glaubwürdig bekundet, wandte er sich an den Kriegsminister Bertheaux und verlangte dessen Gutachten. Dieser erhob die Hände zum Himmel und rief aus: „Wir sind in keiner Hinsicht gerüstet!“ Der Marineminister gab eine ähnliche Auskunft. Darauf sprach sich der Ministerrat mit allen Stimmen gegen die Delcassés grundsätzlich für die Bescheidung der Konferenz aus<sup>1)</sup>. Delcassé erhob sich und kündigte seinen Austritt aus der Regierung an. Das wurde unmittelbar darauf der Öffentlichkeit bekanntgegeben, und Rouvier übernahm in dem von ihm geleiteten Kabinett auch das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten.

Es war für Delcassé eine schwere Enttäuschung, daß seine Entlassung von der französischen Presse, wenige Ausnahmen abgerechnet, als Befreiung von einem Alp begrüßt wurde. Einer seiner Freunde schrieb einige Jahre später: „Ich habe mir die Mühe genommen, alle am 7. Juni 1905 erschienenen Artikel zu lesen. Ich habe darüber wahrhaft Schmerz empfunden. Ist es möglich, daß ein Land in einem psychologischen Augenblick seiner Geschichte bis zu solchem Grade seine Interessen vergessen und sich derart narren lassen konnte?“ Delcassé

<sup>1)</sup> René Pinon, „France et Allemagne 1870—1913“, Paris 1913, S. 165.

<sup>2)</sup> André Mévil, „De la paix de Francfort à la conférence d'Algésiras“, Paris 1909, S. 298. Was in diesem Buche von der Politik Delcassés erzählt wird, ist auf dessen Mitteilungen zurückzuführen. Abgesehen ist Mévil von einem an Zurechnungsunfähigkeit grenzenden Hass gegen Deutschland besetzt. Ebenso leidenschaftlich urteilt er über Rouvier, dem er die niedrigsten Motive unterschiebt. Er läßt durchblicken, Rouvier habe nach Berlin Staatsgeheimnisse verraten und überhaupt mit der deutschen Regierung in unlauteren Beziehungen gestanden (Seite 252 und 281). Die Denkart Mévils ist bezeichnend auch für seinen Freund Delcassé. — Zu den Blättern, die sich gegen Delcassé wandten, gehörte auch der „Temps“; daher die Verstimmung zwischen dessen Redakteur Lardieu und

hatte sich über die Stimmung seiner Landsleute einem Irrtum hingegeben; die Mehrheit des Volkes war, was auch die Schaumsläger sagen mochten, friedlich gesinnt. So trug er Schuld an einer schweren diplomatischen Niederlage Frankreichs. Es war doch ernst, daß die Republik der deutschen Regierung zuliebe einen Minister des Äußeren fortschicken mußte; auch die Gegner der Politik Delcassés empfanden dies als Demütigung Frankreichs. Da er jedoch als Opfer des Berliner Kabinetts galt, verlor er nie völlig die Zuneigung seiner Landsleute, die ihm 1911 das Marineministerium anvertrauten. Es war aber nicht die Schuld Deutschlands, sondern seine eigene, daß Frankreich ebenso wie im Streite um Fashoda den Rückzug antreten mußte. Beide Male war Delcassé durch sein antideutsches Vorurteil irregeleitet; Frankreich mußte es büßen, daß er sich in den Kopf setzte, den mächtigen Nachbar wie Luft zu behandeln.

\*

## England und der Weltfriede

Nachdem Delcassé sich von seiner Bestürzung erholt hatte, ließ er am 12. Oktober 1905 seine Politik durch Stefan Lauzanne im „Matin“ rechtfertigen und zugleich Rouvier angreifen, weil dieser unnötigerweise zurückgewichen wäre; bei diesem Anlasse wurde auch bekannt, daß das britische Landheer zu einem Angriffe im Rücken der deutschen Armee bestimmt gewesen war. Durch diese Eröffnung sah sich die englische Regierung bloßgestellt. Sie suchte die Spuren einer Politik zu verwischen, die einen Krieg hätte entzünden können. Sie stellte also die Wahrheit des Enthüllten in Abrede; England habe, so ließ sie durch das Reutersche Bureau verbreiten, in Paris kein Versprechen militärischer Hilfe gegeben. Auch dem Berliner Kabinett wurde amtlich eine ähnliche Mitteilung gemacht. Diese Höflichkeit wurde am 15. Oktober 1905 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ im selben Tone

Delcassé. — Vgl. auch Georges Reynald, „La diplomatie française (L'oeuvre de M. Delcassé)“, Paris 1915, in dem Rouvier gleichfalls niedriger Beweggründe geziehen wird, und die ernstere Arbeit von Léon Maurice, „La politique marocaine de l'Allemagne“, Paris 1916.

erwidert, ohne daß in Berlin oder anderswo die Beteuerung des Londoner Kabinetts Glauben gefunden hätte. Die Ableugnung durch das Reutersche Bureau war so gewunden, daß sie der Wahrheit nicht geradezu widersprach und den Sachverhalt zweifelhaft ließ. In der Sache selbst bestand in Deutschland wie in Frankreich kein Zweifel. Clemenceau und Jaurès, obwohl Gegner Delcassés, stellten ihm in ihren Zeitungen sofort das Zeugnis aus, er habe im Kerne offenbar die Wahrheit gesagt. Übrigens hieße es, Delcassé ungebührlich unterschätzen, würde man ihm zumuten, er hätte dem französischen Ministerrat mit dem englischen Bündnisse ein Blendwerk vorgetäuscht. Er war damals und später wirklich der Meinung, daß es eine unverzeihliche Schwäche Rouviers gewesen sei, nicht auf das englische Angebot einzugehen. Dieser Ansicht war auch der französische Botschafter in London, Paul Cambon, der in dieser Angelegenheit zu ihm hielt; er gab auf spätere Anfragen die wohl abgewogene Antwort: Ob nun England seine Waffenhilfe förmlich angeboten habe oder nicht, jedenfalls konnte Frankreich auf sie rechnen<sup>1)</sup>.

In dem Berichte, den der belgische Gesandte in Berlin, Baron Greindl, am 5. April 1906 nach Brüssel schickte, versucht er, eine Erklärung für die Widersprüche zu geben. Darin heißt es: „Es besteht kein Zweifel mehr, daß es der König von England gewesen ist, der, unabhängig von seiner Regierung, Herrn Delcassé in eine kriegerische Politik hineingetrieben und ihm das übrigens nicht ausführbare Versprechen gegeben hat, 100 000 englische Soldaten in Holstein zu landen... Es gibt tatsächlich in England eine Hospolitik, die neben und unabhängig von derjenigen des verantwortlichen Ministerrates verfolgt wird. Glücklicherweise sind alle diese Umtriebe außerstande gewesen, den Frieden zu stören.“

Es ist jedoch angesichts der Haltung der vom Ministerium Balfour beeinflussten Zeitungen ausgeschlossen, daß die Regierung keinen Teil an der Aufpeitschung der französischen Öffentlichkeit hatte. Auf eigene Faust machte der im Ruhestande befindliche Admiral Fitzgerald im Mai einen heftigen Ausfall gegen Deutschland; noch über Lee hinausgehend verlangte er die Vernichtung der deutschen Flotte und des deutschen Handels.

Der König selbst machte kein Hehl aus seinem Ubelwollen gegen Deutschland, besonders gegen Kaiser Wilhelm. Es wurde viel bemerkt,

<sup>1)</sup> So äußerte sich Cambon im November 1912 zu dem Verfasser dieses Wertes.

daß im Jahre 1905 die gewöhnliche Zusammenkunft der zwei Herrscher unterblieb, was von den Franzosen als eine ihnen geltende Artigkeit des Königs aufgefaßt wurde. Nun erklärte zwar Bülow am 14. Dezember 1905 im Reichstage, die Meldung des „Vorwärts“, es hätte zwischen Wilhelm II. und Eduard VII. bei ihrer vorjährigen Begegnung zu Kiel einen persönlichen Zusammenstoß gegeben, für falsch; bald aber wurde es offenkundig, daß die Liebe des britischen Onkels zum Nefen einiges zu wünschen ließ. In den Februar 1906 fiel die silberne Hochzeit des Kaisers, und eine Zeitung wollte wissen, Eduard werde beim Feste erscheinen. Flugs ließ dieser Ende November 1905 durch seinen Privatsekretär, also in möglichst auffallender Form, die Meldung als unrichtig bezeichnen.

Nicht das ist die Hauptfrage, ob und in welcher Form England der französischen Regierung seine Waffenhilfe in Aussicht stellte. Entscheidend war, daß die britische Regierung Delcassé in der Politik bestärkte, die mit der Ablehnung der Konferenz begann und zu den schlimmsten Weiterungen führen konnte. Es geschah auf ihren Antrieb, daß die „Times“ und eine Reihe anderer englischer Blätter die Klust vertieften, während die sonst aufgeregte französische Presse fast durchwegs kaltes Blut bewahrte und mit dem Einlenken einverstanden war. Noch im Juli 1905 sagte der britische Botschafter in Paris, Bertie, zu Radolin: „Ihr werdet diese Konferenz nicht bekommen<sup>1)</sup>.“

Die Besonnenheit Rouviers stand im Gegensatz zu den Aufreizungen, die von der englischen Regierung ausgingen. Ihr Anteil an dem diplomatischen Feldzuge wird im einzelnen erst nach Öffnung der geheimen Archive festzustellen sein. Aber schon was vorliegt, genügt, um ein Urteil über die englische Politik zu fällen. Sie entsprach den Überlieferungen Englands, dessen Seeherrschaft auf den Streitigkeiten der Mächte des Festlandes beruht. Dabei müssen die britischen Staatslenker nicht geradezu den Krieg gewollt haben, wenn es ihnen nur gelang, Deutschland eine diplomatische Niederlage zu bereiten. Die Verantwortung für einen Krieg trägt aber nicht derjenige, der den ersten Kanonenschuß abfeuert, sondern wer eine derartige Verwicklung herbeiführt, daß der Knoten nicht mehr gelöst, sondern nur zerhauen werden kann.

<sup>1)</sup> Triumphierend erzählte die National Review im Juni 1916, S. 525, wie unhöflich Bertie damals Radolin behandelte.



